

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. März 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Ein Ruhmestag der Partei.

Der 5. März und seine Lehren.

SPD. Ein Ruhmestag in der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie - das ist und bleibt für alle Zeiten der 5. März 1933. Noch nie, auch in der Zeit des Sozialistengesetzes nicht, hat die Partei einen solchen Wahlkampf erlebt! Geknebelt und gebunden, gehetzt und verfolgt, mit Verleumdungen überschüttet, gegen die sie sich nicht wehren konnte, so ging sie in diesen Kampf. Und ihre Verluste? Von 121 Reichstagsmandaten eines, von 7 247 952 Stimmen 71 455, noch nicht einmal ein Prozent. Das ist ein Erfolg, der mehr wiegt, als mancher stürmisch gefeierte Wahlsieg.

Auch für die offiziellen Sieger des Tages, die Herren der Harzburger Front kann es nicht gleichgültig sein, welche Haltung die Sozialdemokratie als die stärkste Oppositionspartei einnimmt. Wie vom formalen Rechtsstandpunkt aus das Wahlprüfungsgericht die Rechtsgültigkeit der Wahl ansehen mag, vom politischen Standpunkte aus kann man im Zweifel sein, ob es gut wäre, diesen Wahlen gleich wieder neue folgen zu lassen mit dem Ziel, die 52 Prozent der Harzburger auf 50 oder 49 Prozent herabzudrücken.

Die Herren haben jetzt im Reich und in Preussen die Mehrheit. Sie sind vom Reichspräsidenten ernannt und vom Volke bestätigt. Sie brauchen nur eine legale Regierung zu sein, dann sind wir ganz selbstverständlich auch eine legale Opposition. Möge sie von ihrer Mehrheit beschliessen lassen, was immer im Rahmen der Verfassung beschlossen werden kann, wir werden uns auf die Rolle des sachlichen Kritikers beschränken so lange, bis uns das Volk eines Tages zu einer anderen Rolle beruft.

Durch den Sieg der Regierungsparteien ist die Möglichkeit geschaffen, streng nach der Verfassung zu regieren. Abweichungen von ihr könnten jetzt nicht mehr mit Arbeitsunfähigkeit des Parlaments oder mit Staatsnotstand begründet werden. Eine ausweitende Anwendung des Artikels 48 ist nicht zu rechtfertigen, wo die Maschine der normalen Gesetzgebung dem Steuer der Regierung gehorcht.

Für die Verfassung spricht heute alles: Der Eid, den der Reichspräsident und die Minister auf sie geleistet haben, aber auch Erwägungen rein praktisch politischer Natur. Nur die Verfassung bietet alle Mittel, das Volk aus der Bürgerkriegspsychose herauszuführen, und zu einer normalen Entwicklung im Innern zu gelangen, die auch im Interesse der deutschen Aussenpolitik notwendig ist. Die Wahl hat gezeigt, dass das deutsche Volk heute in zwei annähernd gleiche Teile zerfällt, von denen der eine jetzt regieren will, während der andere es sich gefallen lassen muss, regiert zu werden. Eine Regierung, die es unter solchen Verhältnissen darauf anlegte, fast die Hälfte des Volkes durch verfassungswidrige Unterdrückungsmethoden vom Staate wegzubringen, würde aussenpolitisch sich keine Verstärkung verschaffen.

Die Arbeiterbewegung wird in Deutschland immer ein politischer Faktor bleiben. Wir denken nicht daran, unsere Ziele zu verbergen. Wir wollen über die Demokratie zur Sozialisierung. Wir wollen unsere Gegnerschaft gegen die Herren von heute weder abschwächen noch bemänteln, wir sagen jeder arbeiterfeindlichen Politik den schärfsten Kampf an. Wir sagen nur, dass es seit Jahrzehnten unsere Art ist, mit gesetzlichen Mitteln und sachlich zu kämpfen. Wir zeigen damit, den Herren von heute die Möglichkeit, den politischen Kampf in Deutschland wieder auf ein Niveau zu bringen, das eines Kulturvolkes würdig ist. Diese Möglichkeit bietet ihnen jetzt die Verfassung. Sie zeigt den Weg. Wird dennoch ein anderer, ihm entgegengesetzter beschritten, so mögen die Sieger von heute dafür die Verantwortung übernehmen. Sie werden sie auf die Dauer nicht tragen können.

Was aber immer die nächste Zeit bringen mag, - die Sozialdemokratie steht fest. Eine Partei, die einem solchen Sturm standgehalten, ist eisern und unerschütterlich. Es kommt der Tag - er ist näher, als mancher denkt - an dem sie ihre Fahne wieder im Sturmschritt vorwärts tragen wird.

Friedrich Stampfer.

SPD. Die Nachricht, dass Otto Braun in der Nacht zum Sonnabend ins Ausland "entflohen" sei, ist unrichtig. Braun wird schon in allernächster Zeit zu einer Besprechung in Berlin zurück erwartet.

Braun hat sich lediglich vorübergehend in die Schweiz begeben, um seine schwer leidende und gelähmte Frau nach den Anordnungen der Ärzte anderweitig unterzubringen. Am Sonntag hat er in Konstanz sein Wahlrecht zum Reichstag ausgeübt. Zum preussischen Landtag hat er nicht gewählt, weil er die Anberaumung von Neuwahlen durch die Preussenkommissare für verfassungswidrig erklärt hat. Diesen Standpunkt hat er durch die Nichtbeteiligung an der Preussenwahl nochmals zum Ausdruck gebracht und unterstrichen.

SPD. New York, 6. März (Eig. Drahtb.)

Der Chicagoer Bürgermeister Czermak ist am Montag gestorben. Czermak war bei dem Attentat auf den amerikanischen Staatspräsidenten Roosevelt in Miami schwer verletzt worden.

SPD. Die Leipziger Frühjahrsmesse wurde am Sonntag nicht gerade unter günstigen Sternen eröffnet. Die Spannung der Reichstagswahl und die politische Unruhe hatten sich auf die Messe übertragen. So konnte es am Sonntag kaum zu grösserem Geschäft kommen. Wo es sich um Erledigung des laufenden Bedarfs handelte, kamen allerdings in den einzelnen Branchen Abschlüsse zustande, jedoch hielten sich die Umsätze durchaus in Grenzen.

Auch am Montag, nachdem das Wahlergebnis vorlag, hat sich die Situation kaum verändert. Dabei spielen die Vorgänge in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zweifellos eine Rolle. Wenn sich die amerikanische Finanzkatastrophe auch noch nicht direkt auf das europäische Wirtschaftsleben auswirkt, so tritt sie doch psychologisch bereits stark als Störungsfaktor in Erscheinung. Verkäufer und Käufer halten zurück.

Etwas Geschäft hatten am Sonntag und Montag die Papierwarenbranche, das Kunstgewerbe und auch Haushaltsbedarf. Recht schlecht sah es dagegen in den beiden ersten Tagen der Messe bei den Exportindustrien aus. Das gilt besonders für die Spielwarenindustrie, dann aber auch für die Stahlwaren-

industrie. Aussteller aus Solingen blieben so gut wie ohne Aufträge nach dem Ausland. In der Spielwarenindustrie rechnet man damit, dass sich der Export der Vorjahre auch nicht annähernd behaupten lässt. Viel Zustimmung findet bei diesen Ausstellern die Rede des Elektroindustriellen von Siemens gegen die Gefahren unserer Handelspolitik.

Die Messe als Ganzes genommen zeigt starke Krisenschrumpungen. Wenn man auf der Technischen Messe von der Halle für Werkzeugmaschinen und vom Haus der Elektrotechnik absieht, gab es diesmal ziemlich viel Raum, der unausgenutzt geblieben ist. Auf der Mustermesse in der Stadt ist es nicht anders. Vielfach haben alte Aussteller ihre Kojen nicht bezogen und fordern durch Anschlag die Kundschaft auf, sich nach der Fabrik zu bemühen.

Das Messeamt gibt die Zahl der Aussteller mit rund 6 300 an; darunter 660 aus dem Auslande. Danach ist gegenüber dem Vorjahre die Gesamtzahl der Aussteller um 20 % zurückgegangen, während die Zahl der deutschen Aussteller sich nur um 15 % verringert hat. Nach weiteren Mitteilungen des Messeamtes ist zahlreicher Besuch von Einkäufern aus dem Ausland zu erwarten. Die einzelnen Auslandszüge, z.B. der Zug aus Holland, waren auch gut besetzt. Zweifellos besteht im Ausland grosses Interesse für die Leipziger Messe und für deutsche Exportartikel. Von Exportaufträgen war aber in nennenswerten Masse bis jetzt nichts zu hören. Dänische Einkäufer haben auch bereits am Montag Leipzig verlassen, ohne in das Geschäft einzugreifen.

SPD. Köln, 6. März (Eig. Drahtb.)

Im Kreise Bergheim ist in der Nacht zum Montag ein grosser Teil der Rheinischen Glaswarenfabrik in Sinndorf Brandstiftern zum Opfer gefallen. Der Schaden wird auf etwa 3/4 Millionen geschätzt. Elf Kommunisten, die der Brandstiftung bezichtigt werden, wurden verhaftet.

SPD. Die von dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt gegen die Bankenkatastrophe verkündeten Massnahmen sehen im wesentlichen folgendes vor: Goldverkäufe nach dem Ausland dürfen nur vom Schatzamt bzw. von den Bundesreservebanken vorgenommen werden. Die Bevölkerung hat Goldmünzen bei den Reservebanken abzuliefern. Der Umtausch von Noten gegen Gold wird eingestellt. Dazu wird amtlich jedoch betont, dass keineswegs der Goldstandard des Dollars aufgegeben wird. Hinsichtlich der Bankfeiertage ist die Regelung getroffen worden, dass über neue Einzahlungen auf besondere Konten frei verfügt werden kann. Dringend notwendige Auszahlungen werden jedoch nur in Notgeld der New Yorker Bankvereinigung geleistet. Der nordamerikanische Eingriff richtet sich vielfach nach den Massnahmen, die Deutschland während der Finanzkatastrophe im Jahre 1931 vornahm.

Der Versuch, den Run, der vor 14 Tagen in der Automobilstadt Detroit begann, zu lokalisieren, ist fehlgeschlagen, trotzdem reiche Reserven eingesetzt wurden. Der Sturm der Sparer hat sich wie ein Präriefeuer auf die West- und Oststaaten ausgedehnt. Verschont sind eigentlich nur die Mittelstaaten geblieben, die allerdings wirtschaftlich geringe Bedeutung haben. Aber auch hier ging die Bevölkerung in den letzten Tagen zur Goldhamsterie über.

Der Grund für den Sturm, der jetzt über Nordamerika geht, wird aus Erklärungen der New Yorker Bankvereinigung ersichtlich, in denen es heisst, dass es ein Wahnsinn sei, wenn die Sparer 40 Milliarden Dollar, die im Laufe der Prosperitätsjahre den Banken anvertraut wurden, von heute auf morgen zurückfordern. Die New Yorker Bankvereinigung hat zweifellos recht; aber man weiss aus Erfahrung, dass derartige Vorstellungen, auch wenn sie durch einen entsprechenden Appell an die nationale Gesinnung begleitet sind, keinen Erfolg

haben. Gegen Vertrauenskrisen helfen keine Vernunftsargumente. Helfen kann nur, wenn auf Heller und Pfennig ausgezahlt wird. Dazu sind aber die Banken in Nordamerika nicht in der Lage. 40 Milliarden Dollar, die im Laufe der Zeit in Produktionsmitteln, Fabriken, Maschinen, Häuser usw. verwandelt worden sind, können nicht über Nacht in Dollar zurückverwandelt werden. Sicherlich verfügen die amerikanischen Banken über recht stattliche Goldreserven. Aber diese Goldreserven reichen nicht aus, um dem Run Widerstand zu leisten. Die Goldreserven keines Landes wären dazu in der Lage.

Wie stark der Run gewütet hat, geht u.a. aus folgenden Ausweisen der nordamerikanischen Reservebanken hervor, wonach diese Banken allein in 2 Wochen über 1/2 Milliarde Mark (rund 130 Millionen Dollar) in Gold verloren haben. Dabei sind die Verluste nach dem 22. Februar nicht eingerechnet. Nach dem 22. Februar ging der Goldverlust an manchen Tagen bis 115 Millionen Dollar.

Die Misstrauenswelle in Amerika scheint u.a. auf die besondere Verfassung des amerikanischen Bankenwesens zurückzugehen. In den guten Konjunkturlagen flossen den Banken sehr grosse Einlagen zu. Die Banken verwandten das Geld, indem sie der Landwirtschaft reichlich, allzu reichlich Kredite (Hypotheken) gewährten. Der Gesamtbetrag der landwirtschaftlichen Hypotheken in Nordamerika machte vor dem Krieg etwa 5 Milliarden Dollar aus. Anfang 1932 betrug er dagegen nicht weniger als 9,5 Milliarden Dollar. Die städtischen Hypotheken sind sogar in derselben Zeit von 9 auf 35,5 Milliarden angewachsen. Die Agrarkrise hat aber die Zahlungsfähigkeit der nordamerikanischen Bauern, der sogenannten Farmer, vernichtet und die Bodenpreise gesenkt. Man weiss, dass die grossen Bankinstitute einen Zinsausfall von rund 50 % haben. Wenn jetzt der Sparer zu seiner Bank läuft, um sein Geld zurückzubekommen, will er für die Landwirtschaft nicht bluten. Die Landwirtschaft hat aber selbst durch Eingriffe in die Kapitalmärkte (Schuldnerschutz, der in den meisten agrarischen Staaten erlassen worden ist) und durch das Gerede ihrer parlamentarischen Vertreter von einer Inflation, den Run in erster Linie verschuldet.

Die amerikanische Bankenkrise hat, verglichen mit den Störungen in den letzten beiden Jahren, ein derartiges Ausmass angenommen, dass schärfste Rückwirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft zu befürchten sind. Ein solcher Sturm kann nicht vorbeigehen, ohne dass alles und jedes, was in der Weltwirtschaft treibt, davon auf das empfindlichste berührt wird. Die Bankenkrise in Nordamerika bedeutet ohne Zweifel eine weitere Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, deren Ausmass man im Augenblick gar nicht absehen kann. Schon jetzt hat man den Eindruck, dass einzelne Staaten gegen den nordamerikanischen Präriebrand rüsten. So überlegt man in England die Notwendigkeit, den Währungsfond auf 500 Millionen Pfund zu erhöhen. In Berlin wurde die Dollarnotiz vom Montag von 4,20 auf 4,18 Mark verringert. In anderen Ländern, in der Schweiz usw., sind die Verluste des Dollars grösser.

SPD. Dessau, 6. März (Eig. Drahtb.)
Das Anhaltische Staatsministerium hat verfügt, dass rote Fahnen der KPD und SPD nicht mehr gezeigt werden dürfen. Die sozialdemokratische Presse muss ihre Organe drei Stunden vor dem Erscheinen der Ortspolizeibehörde vorlegen; Plakate müssen 24 Stunden vorher vorgelegt werden.

SPD. Weimar, 6. März (Eig. Drahtb.)
Die thüringische Regierung hat das "Reichsbanner" und die "Eiserne Front" verboten. Das Verbot hat sofortige Wirkung.

An die Partei!

Genossinnen und Genossen! Das erste Wort ist ein Wort des Dankes, ein Wort der Bewunderung. Unter den schwersten Verhältnissen habt Ihr die Reihen unerschüttert gehalten. Unsere Presse konnte in der wichtigsten Zeit nicht erscheinen. Unsere Versammlungen waren behindert, unsere Vertrauensmänner an Leib und Leben bedroht. Die Partei und jeder ihrer Funktionäre den schlimmsten Verleumdungen ausgesetzt. Ein einzigartiges Verbrechen, die Brandstiftung im Reichstag, hat unpolitische Massen mobilisiert und ihr Urteil verwirrt.

Ihr habt Stand gehalten! Unerschüttert, kampferprobt, gerüstet steht die Partei. Noch fester ist ihr Zusammenhalt. Neue grosse Anforderungen wird die nächste Zeit an die deutsche Sozialdemokratie stellen. Wir sind ihnen gewachsen! Der Kampf um die Wiedereroberung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft um ihre politische Rechte geht weiter. Diese Wahlen geben kein Bild des Volkswillens. Das Wahlprüfungsgericht wird zu entscheiden haben, ob die Bedingungen der Wahlfreiheit erfüllt waren.

Haltet der Partei die Treue!

Wir bleiben, was wir waren: die Vorkämpfer der Arbeiterschaft in der Erringung der politischen Freiheit, in der Ueberwindung der kapitalistischen Ausbeutung und in der Schaffung der sozialistischen Gesellschaft.

Berlin, den 6. März 1933.

Freiheit!
Der Parteivorstand.

SPD. Am Montag gegen 10 Uhr besetzte SA-Polizei das Vorwärtsgebäude. Es wurde angeblich nach zwei Ausländern, die nach Mitteilungen eines Chauffeurs in das Gebäude gegangen sein sollten, gesucht. Die im Hause anwesende kleine Reichsbannerwache musste auf dem Hofe Aufstellung nehmen und wurde nach Waffen durchsucht. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hertz, der aus dem Büro des Parteivorstandes auf den Hof ging, um klarzustellen, um was es sich handelt, wurde von den Hilfspolizisten angegriffen und misshandelt. Erst nach Eingreifen eines Polizeiwachtmeisters wurde er freigelassen. Nachdem die Suche nach den beiden Ausländern sich als vergeblich erwies, zog die SA-Polizei wieder ab.

+ + +
Am Montag-Morgen gegen 6 Uhr 15 wurde der Redakteur des "Soz. Presse-dienst" Erich Gottgetreu aus dem Bett heraus festgenommen. Die Verhaftung erfolgte ohne Angabe von Gründen. Ueber den Verbleib Gottgetreus war trotz aller Erkundigungen bis Montag-Abend nichts zu erfahren.

SPD. Breslau, 6. März (Eig. Draht).

Die Anfang voriger Woche in Schutzhaft genommenen Führer des Reichsbanners im Gau Mittelschlesien, die Kameraden Funke-Breslau und Hermann-Breslau wurden am Montag mittag aus der Haft entlassen. Die Freilassung des ebenfalls kürzlich verhafteten örtlichen Parteisekretärs in Oels, Wallis, erfolgte bereits Sonntag früh. Zwei Breslauer Reichsbannerführer befinden sich noch in Haft.

SPD. Königshütte O/S., 6.März (Eig.Dr.)

Die Bergarbeiter Ostoberschlesiens, die am Sonnabend gegen die von den Unternehmern beabsichtigten Lohnherabsetzungen in den Streik traten, haben den Ausstand am Montag-Morgen beendet. Am Dienstag finden vor dem Schlichtungsausschuss Verhandlungen über die weitere Dauer des augenblicklichen Lohntarifvertrags statt. Sollte der Spruch über die Löhne nicht auf sechs Monate verlängert werden, so wird am Mittwoch der Generalstreik proklamiert.

SPD. München, 6.März (Eig.Bericht)

Der Polizeibericht meldet: Zwei Kellner, die sich im Arbeitsamt über die Möglichkeit der Ermordung des Reichskanzlers unterhielten und diesbezügliche Verabredungen getroffen hatten, wurden verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt.

Vom Sonnabend zum Montag.

SPD. In Detmold wurde der Redakteur des sozialdemokratischen "Volksblatts Fechenbach, der frühere Sekretär des Kommunistenführers Eisners, von mehreren Personen in SA-Uniform niedergeschlagen und am Kopf schwer verwundet. Die Täter wurden noch nicht ermittelt.

In Ockshausen kam es im Anschluss an eine nationalsozialistische Veranstaltung zu einem Zusammenstoß, bei dem der SA-Führer Moos, der als Hilfspolizist tätig war, durch einen Bauchschuss schwer verletzt wurde. Nach Meldungen aus den Kasseler Krankenhäusern sind noch mehrere andere Verletzte dort eingeliefert worden.

In Trier wurde der angeblich parteilose 26jährige Johann Schirrer von einem Nationalsozialisten erschossen. Schirrer stand mit anderen Personen vor der Tür seines Hauses, um Wahlergebnisse abzuhören. Aus einer vorüberfahrenden SA-Motorrad-Gruppe wurde der Schuss abgegeben, der Schirrer tödlich traf. Die Polizei bestätigt den Vorfall, erklärt jedoch, dass erst die Zeugenvernehmungen ein klares Bild ergeben müssen. Zehn Zwangsgestellungen wurden vorgenommen.

In Oberhausen wurden, wie die Polizei mitteilt, am Sonntag-Morgen 6 Uhr die beiden inhaftierten Kommunistenführer de Longeville und Classen bei einem Fluchtversuch auf dem Hofe des Realgymnasiums erschossen. Die Ermittlungen sind eingeleitet.

In Oldenburg starb im Pius-Hospital der kommunistische Landtagsabgeordnete Gerdes. Er war vor einigen Tagen von Unbekannten aus seinem Hause gelockt und niedergeschossen worden.

In Wiesenu bei Frankfurt a.d.O. kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einem kommunistischen Arbeiter und Nationalsozialisten. Der Kommunist schoss, ohne zu treffen; ein Gegner, ein gewisser Holm, der vor einiger Zeit aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, erwiderte die Schüsse und tötete den Kommunisten.

In Breslau wurde eine Polizeistreife von Dachschießen und aus den Wohnungen der Häuser beschossen. Ein 20jähriger SA-Mann, der als Hilfspolizist Dienst tat, wurde schwer verletzt und starb an den Folgen der Verwundung. Das Viertel, das als Wohngegend der Kommunisten gilt, wurde abgeriegelt, und sämtliche Häuser durchsucht. Wie die Polizei weiter meldet, hat bei der Schieserei eine Zivilperson einen Steckschuss bekommen und eine alte Frau vor Schreck einen tödlichen Schlaganfall erlitten.

In Bankau, Kreis Kreuzburg, gerieten die beiden Brüder des im Februar

vorigen Jahres erschossenen Landarbeiters Bassy in schwere Händel mit SA-Leuten. Sie wurden beide schwer verletzt. Einer soll inzwischen im Krankenhaus gestorben sein.

In Guttentag versuchte ein Kommunist eine Hakenkreuzfahne von einem Hause herunterzuholen. Er wurde von SA-Leuten schwer verletzt.

In Goslawitz bei Oppeln wurde ein SA-Mann, der vor einem Wahllokal stand, von Kommunisten angegriffen und schwer verwundet. Bei dem nachfolgenden Kampf zwischen den feindlichen Gruppen wurde ein Kommunist lebensgefährlich verletzt. Vier Kommunisten wurden verhaftet.

In Offenbach wurde bei einem Zusammenstoss zwischen Nationalsozialisten und Reichsbanner ein Reichsbannermann getötet und einer schwer verletzt.

In Köln wurden, dem Polizeibericht zufolge, durch Schüsse aus Häusern ein SS-Mann, eine Frau und ein Kind verwundet. Bei einem Zusammenstoss wurde ein Kommunist durch Beinschuss erheblich verletzt.

SPD. Weimar, 6.März (Eig.Drahtb.)

In Thüringen ist sämtlichen sozialdemokratischen Bürgermeistern mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres insofern die Polizeigewalt entzogen worden, als es sich um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit handelt. In Zukunft sollen nur "national" zuverlässigen Beamten die Polizeibefugnisse übertragen werden.

SPD. Die preussische Staatsregierung hat durch Vermittlung des Innenministeriums an sämtliche Staatsbehörden einen Funkspruch erlassen, wonach die Beflaggung staatlicher Dienstgebäude mit Parteifahnen verboten sei. Wo eine solche Beflaggung bereits erfolgt sei, mussten die Parteifahnen entfernt werden.

+ + +

In der Nacht zum Montag hatten Nationalsozialisten in zahlreichen Städten Deutschlands die Hakenkreuzfahne auf Rathäusern gehisst. So in Mannheim, Chemnitz, Essen, Harburg-Wilhelmsburg, Glatz, Karlsruhe, Altona, Freiburg i.Br., Lahr (Baden), Emden und Kassel. Am Montag wurde dieses Beispiel in vielen Städten Deutschlands nachgeahmt.

SPD. Darmstadt, 6.März (Eig.Drahtb.)

Die hessische Regierung teilt amtlich mit, dass sie im Hinblick auf das Ergebnis der Reichstagswahl den Landtagspräsidenten um die sofortige Einberufung des Plenums zwecks Auflösung und Neuwahlen des Landtags ersucht habe. Falls ein Auflösungsbeschluss nicht gefasst werden sollte, will die Regierung von sich aus ein Volksbegehren herbeiführen, damit entsprechend ihrer wiederholt zum Ausdruck gebrachten Ansicht so rasch wie möglich auf verfassungsmässiger Grundlage die Neubildung der Regierung des Volksstaates Hessen vorgenommen werden kann.

SPD. Der überwiegende Teil der sozialistischen Presse ist seit Tagen unterdrückt. Am Montag konnten nur einige Zeitungen in Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden erscheinen. Die Zahl dieser Blätter beziffert sich auf 20.

Verboten

"Welt am Montag"-Berlin vier Wochen.

Die gesamte sozialdemokratische Presse Thüringens vierzehn Tage.

Das Organ des Keramischen Bundes drei Monate.

"Alte Liebe"-Cuxhaven (SPD) fünf Tage.

"Coburger Volksblatt" (SPD) drei Tage.

"Deutscher Aufstieg", Organ der Staatspartei, drei Monate.

SPD. Darmstadt, 6.März (Eig.Drahtb.)

Am Montag hissten zwei nationalsozialistische Abgeordnete auf dem Landtagsgebäude in Uebereinstimmung mit dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten eine Hakenkreuzfahne. Beim Verlassen des Gebäudes eigneten sich die beiden Abgeordneten eine schwarzrotgoldene Fahne an, die sie draussen verbrannten. Später marschierten etwa 100 SA-Leute in Uniform vor dem gegenüberliegenden Innen- und Finanzministerium auf und verlangten Einlass, der ihnen von dem Polizeiposten verweigert wurde. Ein Ueberfallkommando räumte schliesslich den Platz, worauf die SA singend abzog.

SPD. Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten am Montag Bericht über das Ergebnis der Reichstagswahl erstattet. Das Reichskabinett wird sich am Dienstag-Nachmittag mit dem Wahlausgang befassen.

Der Reichstag soll möglichst in der Zeit um den 20.März einberufen werden. Ebenso der preussische Landtag, der nach seiner Konstituierung sofort die Wahl des Ministerpräsidenten vornehmen wird. Als Kandidaten für die Ministerpräsidentschaft werden von Papen und Goering genannt.

SPD. In der Berliner rechtsstehenden "Deutschen Allgemeinen Zeitung" lesen wir :

"Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels sprach einst von den Septemberlingen; man könnte jetzt auch Januarlinge und Märzlinge erwähnen, die sich strebend um ein Büro oder um die Ernennung zum besoldeten und unbesoldeten Hilfsarbeiter bemühen, wenn sie sich nicht gar in jenen höheren Sphären der Gesellschaft bewegen.... "Geistesfreiheit" war ein viel missbrauchtes Schlagwort geworden, hinter dem sich in der Tat oft nur Zersetzung, Gier und widernationale Gesinnung verbarg. Betrachtet man aber heute die unabsehbare Reihe der Anwärter auf ein Staatsamt, so kann einem angst und bange werden."

SPD. Warschau, 6.März (Eig.Drahtb.)

Sämtliche Textilarbeiter des Lodzer Industriebezirks sind am Montag in den Streik getreten. Die Arbeiter fordern ein neues Tarifabkommen.

SPD. Die staatspolitische Entwicklung in den süddeutschen Ländern soll nach der Nazipresse vom Ausgang der Reichstagswahl nicht unberührt bleiben. In Hamburg sind bereits entsprechende Massnahmen getroffen worden.

Die Hamburger Nationalsozialisten haben nach dem Rücktritt der sozialdemokratischen Senatoren verlangt, dass ein nationalsozialistisches Bürgerchaftsmitglied zum Polizeisenator ernannt werde. Diese Forderung wurde von dem Senat abgelehnt. Darauf marschierten am Sonntag-Abend SA- und SS-Kolonnen vor das Rathaus und verlangten die Uebergabe des Polizeipräsidiums. Der in Permanenz tagende Senat liess die Rathhaustore schliessen und verweigerte die Kapitulation. Die Hamburger Gauleitung der Naziartei setzte sich dann mit dem Reichsinnenminister in Verbindung. Frick wies die Regierung Hamburgs telegrafisch an, den Wünschen der Hamburger Naziartei Rechnung zu tragen. Der Senat beschloss demgemäss und übertrug die Polizei dem nationalsozialistischen Bürgerchaftsmitglied und Polizeioberleutnant a.D. Richter. Seine Bestallung wurde ihm schriftlich auf den Arbeitstisch gelegt. Der demokratische Bürgermeister Petersen legte sein Amt nieder. Auch die Regierungsmitglieder verliessen das Rathaus. Zur gleichen Zeit marschierte die SA ein. Später füllte sich der gesamte Rathausplatz mit SA- und Stahlhelmsformationen.

Nach Mitternacht wiederholte sich der gleiche Vorgang in der preussischen Stadt Altona. Die SA besetzte das Rathaus und liess sofort Strassennamen wie Erzbergerstrasse und Platz der Republik überkleben und umbenennen.

Es bleibt abzuwarten, welche Folgen sich aus dem Fall Hamburg in den süddeutschen Ländern ergeben werden. In Bayern, Württemberg und Baden ist die NSDAP zur weitaus stärksten Partei geworden. In diesen drei Ländern hat sie durch die Mobilisierung der Nichtwähler ihre stärksten Erfolge errungen. Zum erstenmal ist in Bayern die Bayerische Volkspartei um rd. 700 000 Stimmen überflügelt worden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Württemberg und Baden. Deshalb verlangt der "Völkische Beobachter" die Umbildung der süddeutschen Regierungen, damit die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis alsbald gezogen werden.

SPD. München, 6. März (Eig. Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu dem Wahlergebnis: "Mit diesem Ausgang ist der Reichsregierung die letzte Ausrede genommen, dass es in Deutschland nicht mehr möglich sei, verfassungsmässig zu regieren, weil der Reichstag arbeitsunfähig sei. Die Regierung Hitler ist damit zur vollendeten parlamentarischen Regierung geworden. Wir stellen in diesem Augenblick nur die eine Forderung an die Reichsregierung, dass sie sich nach dem abgegebenen Volksvotum in seiner Totalität richtet und somit den Sinn der Wahlen achtet. Der Wahlausgang besagt, dass die Nationalsozialistische Partei wohl 44 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt hat, dass damit aber die übrigen 56 Prozent des deutschen Volkes nicht für politisch vogelfrei erklärt worden sind. Die Nationalsozialistische Partei und ihre Führung haben nur den Anspruch errungen, nunmehr zeigen zu dürfen, was sie an praktischer und sachlicher Regierungsarbeit im Interesse des Volksganzen zu leisten imstande sind."

SPD. Die Einstellungsprämie für die bäuerliche Landwirtschaft hat, wie alles zwei Seiten, auch eine Kehrseite, und auch in der Unternehmerpresse wird ausdrücklich auf diese Kehrseite hingewiesen.

Niemand missgönnt die dem schwer arbeitenden Bauern mit der Einstellungsprämie gebotene Hilfe, die darin besteht, dass für zusätzliche Arbeitskräfte, die sich auf mindestens 6 Monate verpflichten, der Betriebsinhaber eine monatliche Beihilfe bis zu 25 Mark (für weibliche Kräfte bis zu 20 Mark) gewährt

wird und der Bauer nur für Kost und Unterkommen aufzukommen hat. Jedermann wird es auch begrüßen, wenn junge arbeitslose Leute von der Strasse wegkommen. Aber es gibt auch auf dem Lande Arbeitslose, und auch die wären froh, wenn sie bei einem Bauern irgendwie zu erträglichen Bedingungen Arbeit bekommen. Wohl sollen durch die Bauernhilfe nur zusätzliche Arbeitskräfte in Arbeit kommen. Es liegen jedoch, wie auch in der Unternehmerpresse betont wird, zweifellos gewisse Gefahren vor angesichts der Tatsache, dass heutzutage vielfach nur noch Halbjahreskontrakte für die arbeitsreiche Zeit abgeschlossen werden, und ein Betriebsinhaber auf den Gedanken kommen kann, zur kommenden Arbeitssaison anstelle des Lohnarbeiters eine Landhilfe einzustellen.

Dass für die Landwirtschaft viele greifbare Arbeitskräfte vorhanden sind geht schon daraus hervor, dass bei den Wanderarbeitern in diesem Jahr die Zahl der Anforderungen niedriger ist als im vergangenen Jahr. Die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen betrug in diesem Jahr Ende Januar 287 414. Das ist gegenüber Januar 1932 ein Minus von rund 26 000 und gegenüber Ende Dezember 1932 ein Minus von 4 000. Die Frage der Landhilfe ist schon vor Monaten angeschnitten worden; es ist also möglich, dass deshalb bereits Einstellungen erfolgten. Wie dem aber auch sein mag, die Zahl der arbeitsuchenden Kräfte in der Landwirtschaft ist nach wie vor enorm hoch; denn sie betrug Ende Januar 1929 nur 152 000.

"Eine neue Romantik", so betont die "Kölnische Zeitung", also ein rechtsstehendes Unternehmerorgan, "sucht uns das Landleben im Barfüssele Stil vorzuführen, wo alles sittlich ist." Das rheinische Organ macht darauf aufmerksam dass der Landbewohner von den neuen Einrichtungen des Staates sehr wohl "nützlichen" Gebrauch zu machen verstehe; das sei schon aus den Anfängen der Arbeitslosenversicherung bekannt. Es werde Sache der Arbeitsämter und der Gemeindebehörden sein, dass nicht alte Missbräuche in neuer Form wiederkehren. Im Übrigen vermerkt die Kölnische am Rande, dass manche städtische Geschäftsfrau, die aus Not ihre Dienstboten habe entlassen müssen, ebenso oder noch mehr arbeiten müsse als manche Landfrau auf einem Besitz von 150 Morgen bei gutem Boden.

Wir fügen hinzu: noch härter als die Landfrauen und die Geschäftsfrauen haben es die Frauen der Arbeitslosen, die nichts zu nagen und zu beissen haben. Man sollte deshalb nun auch an die Arbeitslosenhilfe denken.

SPD. Reichsminister Göring hat als Kommissar für das preussische Ministerium des Innern für die praktische Anwendung der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in einem besonderen Runderlass vom 3. März 1933 folgende Weisungen erteilt:

"§ 1 der Verordnung setzt nicht nur die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres ausser Kraft; er beseitigt vielmehr auch alle sonstigen für das Tätigwerden der Polizei auf den angeführten Gebieten gezogenen reichs- und landesgesetzlichen Schranken, soweit es zur Erreichung des mit der Verordnung erstrebten Zieles zweckmässig und erforderlich ist. In diesem Rahmen können die Polizeibehörden also insbesondere auch über die ihnen durch das Polizeiverwaltungsgesetz gezogenen Schranken hinaus tätig werden; ihre Anordnungen bleiben im übrigen Polizeiverordnungen oder polizeiliche Verfügungen und unterliegen daher auch in formeller Beziehung den dafür geltenden Vorschriften.

Nach Zweck und Ziel der Verordnung werden sich die nach ihr zulässigen erweiterten Massnahmen in erster Linie gegen die Kommunisten, dann aber auch gegen diejenigen zu richten haben, die mit den Kommunisten zusammen arbeiten und deren verbrecherische Ziele, wenn auch nur mittelbar, unterstützen oder fördern. Zur Vermeidung von Missgriffen wird darauf hingewiesen, dass Mass-

nahmen, die gegen Angehörige oder Einrichtungen anderer als kommunistischer, anarchistischer und sozialdemokratischer Parteien oder Organisationen notwendig werden, auf die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 nur dann zu stützen sind, wenn sie der Abwehr solcher kommunistischer Bestrebungen in weitestem Sinne dienen. In sonstigen Fällen ist nach der Verordnung vom 4. Februar 1933 einzuschreiten. Die Gewerkschaften sind übrigens nicht ohne weiteres den sozialdemokratischen Organisationen gleichzustellen.

Die nach Beseitigung der gesetzlichen Schranken zulässigen polizeilichen Massnahmen stehen grundsätzlich der Ortspolizeibehörde zu. Abweichend hiervon dürfen jedoch Anordnungen, die das Verbot einer periodischen Druckschrift oder eine Beschränkung des Eigentums zum Gegenstand haben, nur von den Landespolizeibehörden erlassen werden. Anordnungen, die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts betreffen oder Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis zum Gegenstand haben, dürfen nur von den Kreispolizeibehörden erlassen werden."

 Verboten

Zeitschriften "Das freie Wort" (SPD), "Buchbinderzeitung", "Jungbuchdrucker" 14 Tage, "Magazin für alle", "Liebe und Leben" drei Monate.

SPD. Das vorläufige amtliche Ergebnis der Reichs- und preussischen Landtagswahlen liegt nunmehr vor. Der neue Reichstag sieht folgendermassen aus :

Nationalsozialisten	288	Mandate
<u>Sozialdemokraten</u>	120	"
<u>Kommunisten</u>	81	"
Zentrum	73	"
Schwarz-Weiss-Rot	52	"
Bayerische Volkspartei	19	"
Deutsche Volkspartei	2	"
Christlichsozialer Volksdienst	4	"
Staatspartei	5	"
Deutsche Bauernpartei	2	"
Württembergische Weingärtner	1	"
zusammen	<u>647</u>	"

Die Landtagswahlen zeigen nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis folgendes Bild:

Nationalsozialisten	211	Mandate
<u>Sozialdemokraten</u>	80	"
<u>Kommunisten</u>	63	"
Zentrum	68	"
Schwarz-Weiss-Rot	43	"
Deutsche Volkspartei	2	"
Christlichsozialer Volksdienst	2	"
Staatspartei	3	"
Deutsch-Hannoveraner	2	"
zusammen	<u>474</u>	"

SPD. Kiel, 6. März (Eig. Drahtb.)

Die Hakenkreuzfahne, die am Montag von Nationalsozialisten auf dem Gebäude des Oberlandesgerichts gehisst worden war, ist auf Veranlassung des Gerichtspräsidenten wieder eingezogen worden. Die Einziehung der Fahne erfolgte mit der Begründung, dass die bisherigen Bestimmungen eine Beflaggung staats eigener Gebäude mit Parteifahnen verbieten.

SPD. Essen, 6. März (Eig. Drahtb.)

In fast allen Städten des Ruhrgebietes hissten Montag Nationalsozialisten auf den öffentlichen Gebäuden, insbesondere auf den Rathäusern, Hakenkreuzfahnen, die von bewaffneten Nationalsozialisten bewacht werden. In Bochum wurde auch das Gebäude der Ruhrknappschaft mit einer Hakenkreuzfahne versehen. Ein Einspruch bei dem Polizeipräsidenten hatte keinen Erfolg. In Bochum und in Duisburg wurden im Laufe des Tages auch schwarzweissrote Fahnen auf den Rathäusern gehisst. In Essen hat der Oberbürgermeister die Fahne mehrmals entfernt, bis sie von den Nationalsozialisten selbst eingezogen wurde.

SPD. München, 6. März (Eig. Drahtb.)

Das politische Ergebnis der Hitler-Wahlen in Süddeutschland ist die Tatsache, dass die bayerische Barriere gegen den Nationalsozialismus am 5. März zusammengebrochen ist.

Nachdem Sturm der geistlichen und leiblichen Bedrückung in diesem Wahlkampf sind über eine halbe Million neuer Wähler zur Fahne des Hakenkreuzes gestossen. Ausserdem haben 170 000 aus Furcht und Hoffnungen ihre bisherigen politischen Bindungen abgestreift und sich mit dem Stimmzettel der Hitlerpartei verschrieben. Dadurch sind die Nazis zur weitaus stärksten Partei im Lande Bayern geworden. Sie haben mit einem Abstand von 700 000 Stimmen die Bayerische Volkspartei aus ihrer seit Generationen innegehabten Spitzenstellung verdrängt. Trotzdem die Bayerische Volkspartei von der 1,2 Millionen-Masse ihrer Anhänger einen glänzenden Vertrauensbeweis erhalten hat, ist sie die Hauptleidtragende.

Das gleiche Argument der Wählertreue nur noch in verbesserter Qualität gilt für die Sozialdemokratie in Bayern. Trotz der Unterdrückung und Unterbindung ihrer Wahlkampfkraft, die auf Berliner Diktat gegen sie verordnet und durchgeführt wurde, stiessen 54 000 neue Anhänger zu ihren Freiheitsfahnen. Ein Beweis, der uns mit Stolz und Genugtuung erfüllt, dass die Sozialdemokratie in Bayern eine grosse und unerschütterliche politische Einheit geschulter Staatsbürger ist, auf deren Mitwirkung in allen öffentlichen Dingen kein gesundes Staatswesen auf die Dauer verzichten kann, ohne sich selbst auf das schlimmste zu schädigen. Es ist nicht verwunderlich, dass unter der Methode Goerings der Schädling des Sozialismus, die Kommunistische Partei, auch in Bayern 30 Prozent ihrer Wähler vom November vorigen Jahres eingebüsst hat. Auch die grosse Enttäuschung, die die Deutschnationalen mit Herrn von Papen erlebt haben, wurde erwartet.

Für die politische Praxis der bayerischen Landespolitik ist entscheidend, dass trotz der Hitler-Flut die Bayerische Volkspartei wenigstens noch die Schlüsselstellung besitzt, die das Zentrum früher im Reichstag gehabt hat. Es kann aber wohl nicht ausbleiben, dass sie ihre bisherige fast ausschliessliche Machtstellung im Staate mindestens mit den Nationalsozialisten halbieren, unter Umständen sogar ihnen die Führung der bayerischen Innenpolitik überlassen muss. Die Beantwortung dieser Frage hängt naturgemäss von dem Druck ab, dem die Bayerische Volkspartei in nächster Zeit sicherlich von Berlin aus ausgesetzt sein wird.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Genau, den 6. März 1933.

Die Tochter Aniuks.^x

SPD. Unter Getrappel, Fluchen und Geschrei verging der eintönige Schiffstag.

Aniuk war auf seinen Eskimoschlitten heimgekehrt, mit hungrigen Hunden und einer schweren Ladung Felle: kostbarste Polarfüchse. Den ganzen Tag hatten sie an Bord gefeilscht und gehandelt und schliesslich die wertvollen Pelze gegen wertlose Messer, Nägel, Zucker und Schnaps eingetauscht. Erschöpft hatte sich der alte Eskimo in seinen Jglu zurückgezogen.

In der fernen Tiefe der Bucht wölbte sich das Eis in den stahlblauen Himmel hinein, wurde tiefblau und verdämmerte. Ringsum blieb tiefe Stille. Nur die Schattenfinger der Masten tasteten sich suchend nach den Kuppeln der Schneehütten hinüber. Es war eine innere Verbundenheit zwischen dem Schiffe und dem Eise.

Wir hatten aufgeklart und alles zur Nachtwache vorbereitet. Der ewig fröstelnde Chink, den wir als Koch an Bord genommen hatten, stand am Herde der Kombüse und braute Grog, denn den Kummer dieser weissen Polarnächte ersäufte wir in schwerem, warmem Rum.

In der Achterhütte war das nicht anders. Das runde Gesicht der scheuen Tochter Aniuks tauchte allzu oft in die Kombüse hinein. Das Eskimomädchen musste den Grog für Kapitän und Steuermann besorgen. Sie hatte Dienst beim Steuermann genommen. Unschuldvoll diente sie ihm mit allem, was sie besass: mit ihren starken Händen und ihren herben Reizen. Und sie diente ihm sieben harte Wintermonate im Polarmeer, für eine Flasche schlechten Whisky, zwei baumwollene Halstücher und ein uraltes Paket Ziegeltee.

Aniuks Tochter war schön. Wir liebten sie alle und hassten umso mehr den ästernen Steuermann.

Ueber den dunklen Vorhang der Eisnacht hatten sich die phosphoreszierenden Streifen schimmernden Nordlichts gehängt. In der Mannschaftsmesse des Vorschiffs war die tote Stille einer feuchten Lustigkeit gewichen. Abraham Sutley sang in einem fort zur Ziehharmonika: "Oh Lulu . . . schwarze Lulu . . . Lulu . . ." Dazu filtrierte er sich den heissen Grog in seinen brandigen Rachen und entleerte die faltigen Tränensäcke. Jim Sarn fluchte hemmungslos und schwur, zum sechsten Male in dieser Nacht, dass er lieber unter die Nigger gehen als nochmals auf Polarfahrt anzeichnen wollte. Er hatte eben vergessen, dass wir für zwei solche Reisen Heuer genommen hatten. Kurzum, es schien allmählich jene Feststimmung aufzukommen, auf die die Kulturträger unsrer Zeit im hohen Norden nicht verzichten wollen.

Sechs Gläser!

Eine Stunde vor Mitternacht gingen Jim Sarn und ich zur Kombüse hinüber. Mit dem Chink musste ein Wort gesprochen werden; der Grog erschien uns kotzdünn, und ausserdem wollten wir uns etwas für die Hundewache sichern. Wir stiegen auf das Vordeck hinaus. Die schneidende Kälte biss sich in unsere Nasen fest und ernüchterte uns. Drüben, bei den Eskimohütten, war es totenstill. Die Bewohner schliefen den unbefangenen, wachsamen Schlaf aller Nomaden; während wir tranken, fluchten, lachten oder heulten, je nachdem, wie

lange wir schon entbehrten, was in der dunklen Dämmerung unsrer Gedanken als Heimat figurierte.

Dicht vor der Kombüse sahen wir Aniuks Tochter über das Eis gehen. Sie wanderte heim, zum Jglu, um zu schlafen. Aber sie ging nicht mit den sicheren, schlürfenden Schritten lockerer Pelzstiefel, sondern sie schwankte. Aniuks Tochter war betrunken. Der Querkopf achtern hatte ihr ein Tröpfchen "weise Kultur" mit Rum eingetrichtert.

Sieben Gläser waren schon vorüber, als wir aus der Kombüse kamen. Die schweren Wollsachen fester ziehend gingen wir zum Mitteldeck, zur Ablösung. Aus der Achterhütte kamen Kapitän und Steuermann auf uns zu geschwankt. Der Kapitän war hochprozentig; er wünschte diese Polarfahrt zur Hölle und die nächste dem Teufel und wollte immer wissen, welchen Kurs das Ruder habe. Der Steuermann hatte seine Klotzaugen weit herausgedreht und suchte beim Nachthaus den Kompass, während eine Flasche "Aechten Kentuckiers" neugierig aus seiner Rocktasche herausblinzelte.

Drüben, vor den Schneehütten, schlug ein Hund an. Die andern fielen in den Chorus ein. Wir sahen über das Eis hinüber und konnten den Grund nicht finden, weshalb die Hunde heulten. Nur der Steuermann war an die Reeling gegangen und hatte die Ursache des Gebells erspäht. Er verschwand sofort in der Hütte und kam mit seiner Flobertflinte wieder. Seine Klotzaugen brauchten reichlich viel Zeit, bis sie wieder die Ursache erspähten. Es musste eine große Robbe sein. Sie war aus einem Eisloch herausgestossen und wälzte sich, kaum fünfzig Schritt vor dem Schiffe, dunkel und schwer über das Eis. Ohne Zweifel, sie war ein ausgewachsenes Vieh und wälzte sich schnuppernd zur Seite.

Der Steuermann legte langsam an und schoss. Schoss dreimal hintereinander bevor er traf und das hilflose Wälzen und Schnuppern des dunklen Tieres beendete. Noch einmal bellte ein heisserer Schrei durch die Eisnacht, wie von einem trunkenen Menschen. Dann lag das Tier still und stumm.

Schwankenden Schrittes rannten wir über die Gangway, auf das Eis hinunter zum Tieropfer hinüber. Wir rannten und riefen. Der Steuermann schwankte hinter drein. Er war zu schwer, hatte Schlagseite und konnte nicht Schritt halten. Jim kam als erster bei der Robbe an. Er fasste in den Pelz. Wir sahen noch, wie er sich hochriss und einen harten Fluch zu uns herüber warf. Wir stoppten und standen dann reglos vor dem dunklen Tiere. Jim drehte es zur Seite. Was war das . . . ? Kein Tier? Ein Eskimo . . . ?! Ein Mensch . . . ! Die Gedanken begannen sich in schneller Folge von Ursache und Wirkung zu verwirren. Sicher war der Eskimo aus seiner Hütte gekrochen, um sich abzukühlen. Seehundspeck und der frische Schnaps mussten ihm zugesetzt haben. Der Steuermann stapfte mit knirschenden Schritten näher heran und keuchte. Jim zog gerade die Fellkapuze vom Gesichte des Toten. Die Schiffsglocke sagte "Acht Gläser" an. Der Steuermann kam auf uns zu, schluckte, rülpste und brüllte uns an: "Hunde ihr . . . he? . . . uh . . . up . . . was könnt ihr laufen!" Wir schwiegen. Vor uns lag das Opfer seines Rausches, Aniuks Tochter, die ihm mit allem, was sie besser treu und ehrlich gedient hatte: mit ihren Händen und ihren Reizen. Warum musst sie der Steuermann erschossen . . . ?

S. Richards.

Ozeandampfer der Zukunft.^x

SPD. "Der Expressdampfer von morgen wird kleiner und schneller sein", sagte Henry P. Eints, Chefingenieur der "Europa", und blickte auf das über seinem Schreibtisch angebrachte "Blaue Band". Der ihm gegenüber sitzende Garantie-Ingenieur H.A. Börnsen von der Hamburger Schiffswerft Blohm und Voss, der Erbauerin des schnellsten Ozeandampfers der Gegenwart, nickte Zustimmung.

"Der Ozeandampfer der Zukunft, einer sehr nahen Zukunft, wird ein 35 000 Tonnen-Dampfer sein und den Atlantischen Ozean in vier Tagen überqueren."

Diese beiden Männer, Meister ihres Faches, wissen, was sie sagen. Der eine von ihnen baute die Schiffsmaschine der "Europa", während der andre ihren Betrieb überwacht. Schauplatz des Interviews war der geschmackvoll eingerichtete Arbeitsraum des Chefingenieurs an Bord der Besitzerin des Blauen Bandes, während diese an ihrem Pier in Brooklyn vor Anker lag. Auf einem Schreibtisch stand eine ganze Batterie von Telephonen, und viele Zeigerblätter bedeckten die Wand; auf einigen von ihnen schwankten Ziffernzeiger nervös hin und her. In wenigen Stunden sollte die "Europa" wieder einmal ihre Fahrt über den Ozean antreten.

Der Chefingenieur stand auf. "Setzen wir lieber unsere Unterredung unten fort!" sagte er, einen Blick auf die Ziffernblätter werfend. Ein Aufzug führte uns volle elf Stockwerke in die Tiefe und schliesslich auf eine kleine Plattform, von der aus man die mächtigen, mit Oelfeuerung betriebenen Maschinen der "Europa" überblickte. Der Maschinenraum war kühl und makellos rein. Nichts erinnerte an das Inferno des Kesselraumes in den Tagen der Kohlenfeuerung. Während der Chefingenieur von Kessel zu Kessel ging, um den Dampfdruck zu kontrollieren, erklärte Börnsen mit ausholender Handbewegung: "Diese 24 Kessel, die Sie da sehen, entwickeln 120 000 Pferdekkräfte und sind daher doppelt so leistungsfähig wie die 46 Kessel des "Leviathan" mit einem Maximum von 60 000 Pferdekkräften. Der Ozeandampfer der Zukunft jedoch wird nur 8 Kessel haben. Diese 8 Kessel werden aber nicht weniger als 180 000 Pferdekkräfte entwickeln und ein 35 000 Tonnen-Schiff mit einer beträchtlich grösseren Geschwindigkeit vorwärtstreiben als jener, die der "Europa" das Blaue Band eintrug. Der Ozeandampfer der Zukunft wird, obwohl er um 15 000 Tonnen kleiner sein wird als die "Europa" mit ihren 50 000 Tonnen oder die "Bremen", dennoch eine zumindest gleiche, wenn nicht grössere Zahl von Passagieren aufnehmen können."

Ingenieur Börnsen ist wohl einer der Berufensten, über den Ozeandampfer der Zukunft zu sprechen; er hat bisher nicht weniger als 101 Schiffe maschinell ausgerüstet. Sein hundertstes Schiff war der "Columbus" des Norddeutschen Lloyd, sein hundertunderstes die "Europa". Er hat bisher jede Ueberfahrt auf der transatlantischen Geschwindigkeitskönigin mitgemacht, zusammen etwa hundert Ueberfahrten. Seine Aufgabe besteht erstens darin, einen unrichtigen Gebrauch der Maschinen und des Schiffes für die Dauer der von den Schiffsbauern gewährten Garantie zu verhindern, und zweitens, Daten zusammenzustellen und beständig seine Entwürfe für den nächsten Maschinenbau zu verbessern.

"Der Ozeandampfer der Zukunft," fuhr er fort, "wird eine Länge von 230 Metern haben, während die Schiffe der "Leviathan"- und "Europa"-Klasse etwa 300 Meter lang sind. Damit ein Ozeandampfer sanft dahingleitet, muss er entweder zumindest 230 Meter lang sein, um auf zwei Wogen gleichzeitig zu ruhen, oder länger als 460 Meter, um von drei Wogen oder mehr gleichzeitig getragen zu werden. Der "Leviathan" stand am Ende einer Entwicklung. Die Schiffsbauer sind nun zu der Ueberzeugung gelangt, dass ein Ozeandampfer, wenn er ruhig und rasch fahren und rentabel sein soll, nicht zu gross sein darf. Das ist der wirkliche Grund, warum England den geplanten Bau eines 70 000 Tonnen-Dampfers zumindest bis auf weiteres aufgegeben hat. Die Zeit der Riesendampfer ist ebenso vorüber wie die der Dampfer mit Kohlenfeuerung. Viele von ihnen werden, obwohl sie noch seetüchtig sind, abgewrackt, so der "George Washington" und die "America", zwei ausgezeichnete ehemals deutsche Dampfer. Schiffe dieser Art sind nicht länger rentabel, da die neuen Oelfeuerungsturbinen geringeren Raum einnehmen und dabei doch weit leistungsfähiger sind. Als die ersten Dampfturbinen gebaut wurden, waren beträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden. Erst während des Krieges gelang es Sir Charles Parsons, die Dampfturbine derart zu verbessern, dass dieses System der Kraftübertragung nun allgemein

angewendet werden kann. Durch Dampfturbinen allein wird schon viel Raum erspart, aber noch viel mehr Raum wird erspart werden, wenn erst der neue Benson-Schiffskessel allgemein eingeführt sein wird. Dieser verbürgt eine fast zehnfache Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kessel und ist das Ergebnis jahrelanger Versuche und Erfahrungen. Der neue Kessel hat keinerlei Ähnlichkeit mit dem alten, uns vertraut gewordenen Typus, sondern sieht wie ein kurzes Teilstück eines Mammutgasrohres aus. Er ist nicht nur leistungsfähiger, sondern auch weitaus sicherer als das alte Modell. Er fasst ungefähr 250 Liter Wasser, während für den Betrieb der alten Dampfkessel etwa 4000 Liter Wasser notwendig waren. Bei einer Explosion stellten diese gewaltigen Wassermengen, die sich sogleich in Dampf verwandelten, die grösste Gefahr dar. Der Dampf riss das Schiff buchstäblich in Stücke. Der neue Kessel setzt diese Gefahr nicht nur auf ein Minimum herab, weil er so bedeutend weniger Wasser enthält, sondern ist auch so eingerichtet, dass bei einer Explosion das Oel automatisch abgesperrt wird, während bei Kohlenfeuerung das Feuer weiterbrennt und die Gefahr vermehrt."

"Der Ozeandampfer der Zukunft wird nicht nur dadurch wirtschaftlicher sein weil der Maschinen- und Kesselraum auf geringere Ausmasse beschränkt sein wird sondern auch, weil der Schiffskörper gegossen und nicht zusammengenietet sein wird. Auf einem Schiffe wie der "Europa" wiegen die Vernietungen allein viele tausende Tonnen, ganz abgesehen von den sogenannten "Ueberdeckungen", wo eine Metallplatte sich über die andre schiebt, wie Schiefer auf einem Dache. All diese Vergeudung von Tonnage wird bei den Ozeandampfern der Zukunft ausgeschlossen sein. Die ersten Passagierdampfer mit gegossenen Schiffskörpern werden die "Caribia" und die "Cordillera" der Hamburg-Amerika-Linie sein, die im Frühjahr 1933 ihren Dienst aufnehmen werden."

Ein Riesenfernrohr.^x

SPD. Die Universität Texas bereitet gegenwärtig den Bau eines astronomischen Observatoriums vor, das nach den bisher vorliegenden Entwürfen und nach der Art seiner Ausführung eins der hervorragendsten Forschungsinstitute der Welt werden wird. Die Geldmittel dazu stammen von dem vor einigen Jahren in der Stadt Paris in Texas verstorbenen amerikanischen Millionär William J. McDonald, der der Universität seines Heimatstaates eine Summe vermacht hat, die jetzt durch Verzinsung eine Höhe von 840 000 Dollar erreicht hat. Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Universität Texas nicht von falschem Ehrgeiz leiten liess und selbst die Schöpfung dieser Forschungsstätte übernahm, sondern sich mit dem Forscherstab der Yerkes-Sternwarte in Verbindung setzte, der auch die Wissenschaftler stellen wird. Durch diesen wichtigen Schritt darf auf ein Höchstmass von Erfolg gerechnet werden, da sich die Gelehrten des Yerkes-Observatoriums aus alten Praktikern und den berufensten Fachleuten zusammensetzen. All die vielen praktischen Erfahrungen, die sich diese Forscher in jahrelanger Tätigkeit erworben haben, werden beim Bau des neuen Observatoriums verwertet.

Erst vor kurzer Zeit hat der bedeutende deutsche Astronom Otto Struve, der aus einer alten Astronomenfamilie stammt, die Leitung des Yerkes-Observatoriums übernommen. Man darf vermuten, dass dieser hervorragende Forscher die neue Sternwarte, die den Namen McDonald-Observatorium tragen soll, in 5 bis 6 Jahren systematisch fertigstellen wird. Der Ort dafür ist bereits gewählt worden. Es ist einer der Gipfel der Davisberge in Westtexas, dessen Luftverhältnisse für astronomische Beobachtungen ausserordentlich günstig sind. Als Hauptinstrument soll ein Spiegelteleskop von 200 Zentimetern Durchmesser und

9 Metern Brennweite hergestellt werden. Dieses Riesenfernrohr wird dann das zweitstärkste der Welt sein, da der Hookerspiegel des Mount Wilson-Observatoriums einen Durchmesser von 250 Zentimetern hat. Auf den Davisbergen werden zur Ergänzung des Yerkes-Observatoriums alle die Arbeiten durchgeführt werden, für die die Luftverhältnisse von Williamsbay und die optische Kraft des Yerkes Refraktors von 102 Zentimetern Linsendurchmesser nicht ausreichen. Im Vordergrund der Forschungen sollen die kosmischen Nebel und der chemische Aufbau der Fixsternatmosphären stehen.

Unbekanntes von Marx.^x

III.

SPD. International Working Mens Association
Central Council London

London, 1, Modern Villas, Maitland Park,
Haferstock Hill. N 10 (aus dem Jahre
1865. D. Red.)

Lieber, bester Becker,

Du wirst "mit Recht" mir grollen, aber zugleich "mit Unrecht". (Du weißt von Heinzen, dass ich ein "Sophist" bin.) Abgesehen davon, dass ich an 1200 Seiten Manuskript abzuschreiben habe und mein Buchhändler schon lange grollt, und abgesehen von dem entsetzlichen Zeitverlust, den in diesem Babylon mir das Centralcomité, das standing Comité, und das Direktorcomité des "Workmans Advocate" vornimmt, hatte ich die allerverdriesslichsten und schwierigsten "Privatkonjunkturen", die mich nötigten, London eine Zeitlang zu verlassen, und die noch nicht in Ordnung gebracht sind usw. usw.

Aus dem einliegenden Zettel, den ich heute erhielt (oder vielmehr meine Frau), siehst Du, dass ein Paket, das ich Dir vor about 14 Tagen zuschickte, von der löblichen französischen Polizei konfisziert worden ist. Es enthielt hauptsächlich "Manifeste der kommunistischen Partei". Auch einen Zettel, worin ich Dir kurz Deine Frage beantwortete, Dir anzeigte, dass Bender willig ist, dass ich Deinen Aufruf englisch im "Workmans Advocate" erscheinen liess, ditto einen Bericht über die Schweizer Tätigkeit usw.

Der Grund, warum wir beschlossen, keinen offiziellen Report über die Konferenz zu veröffentlichen, war, - abgesehen vom Geldmangel und dem Umstand, dass wir durch die Statuten verpflichtet sind, einen allgemeinen Bericht dem Kongress vorzulegen, also double emploi zu vermeiden - wesentlich der, dass die Einweihung des Publikums in den Tatbestand, speziell die sehr "fragmentarische" Natur der Konferenz, uns mehr schaden als nützen und unseren Gegnern eine nützliche Handhabe bieten würde. Wir wussten, dass zwei Mitglieder des Centralrats, Le Lubez und Vésenier, nur darauf warteten, diese Gelegenheit beim Schopf zu greifen. Die Ereignisse haben dies bestätigt. Erst Vésiniers Benunziation des Centralrats in der Conferenz im "L'echo de Verviers". Gleich darauf im selben Blatt des "Le Lubez" Principienerklärung und Statutenentwurf, die er, im Namen der von ihm als Gegengewicht gegen uns gestifteten französischen Branche (Zweig) in London, der Association aufzueroctroyieren gedachte. Unterdes ist diese Intrigue vereitelt worden. Die Branche ist vom Stifter abgefallen. Ihre zwei besten Männer, Longuet (Redakteur der "Rive Gauche") und Crespel, sind in das Centralcomité eingetreten. Letzteres hat beschlossen, dass Vésinier seine Verläumdungen zu beweisen hat oder expelliert wird.

Ich kann Dir ... (?) keinen Artikel schicken. Ich habe nicht eine freie Stunde. Dagegen wird Engels es tun, sobald er die erste Nummer gesehn und weiss, wo und wie. Auch Lieb knecht von Leipzig aus. Ditto werde ich deswegen

an Dr. Kugelmann nach Hannover schreiben. Ditto an Stumpf in Mainz. Das Blatt von Duplex, N.6, ist schwach. Jung hat ihm deswegen geschrieben. Liebknecht wohnt (Adresse: J. Miller) 2, Gerichtsweg, Leipzig.

Hier ist die Bewegung in einer Art gut vorangegangen, nach der andern Seite schlecht. Die von uns gestiftete Reformlique hat ein Massenmeeting für allgemeines Stimmrecht gehalten, grösser als ich es je in London sah. Es sprachen nur Arbeiter. Die Times selbst war erschreckt und brachte 2 Leitartikel über den "hässlichen" casus. Andererseits nimmt diese Bewegung unsere besten Arbeiterkräfte zu sehr in Anspruch.

Der "Workmans Advocate" ist schwach. Jetzt, unter Eccarius' Redaktion, wird er sich bessern. Aber die Schwierigkeiten, die Geldmittel beizutreiben, sind enorm.

Aus Berlin habe ich einen Brief erhalten, gezeichnet von Wolff, Metzner und anderen Arbeitern, worin sie mit Einsicht und Kritik den jetzigen Stand der deutschen Arbeiterbewegung beurteilen. Unkritisch ist nur ihr Verlangen, ich solle nach Berlin kommen und die Sache in die Hand nehmen. Sie müssen doch wissen, dass die preussische Regierung meine Domicilierung in Preussen "verboten" hat.

Bevor ich von Dir höre, wie ich Dir die "Manifeste" zukommen lassen kann will ich ein Stück versuchsweise über Mainz schicken. Da kannst vielleicht einiges für Dein Blatt brauchen.

Die deutschen Sektionen werden am besten tun, sich einstweilen in Genf aufnehmen zu lassen und mit Dir in fortlaufende Verbindung zu treten. Sobald sich aber derartiges ereignet, zeige es an, damit ich irgend einen Fortschritt in Deutschland hier endlich mitteilen kann.

Ich schicke diesen Brief unter Duplex Adresse, von wegen der "franz. Confiskation". Mir scheint das Empire zu wackeln. D'abord die Geschichte mit Mexiko und den U.St. Dann die Meuterei von 3 französischen Regimentern. Dann der Studentenkrawall. Die Kopfverliererei des Bonaparte, wie sie sich in seinem Zank mit England über die Erneuerung des "Auslieferungsvertrags" zeigt und im Verbot der servilen "Indép. Belge". Endlich die Handelskrise, die in Folge des jetzigen englischen, resp. europäischen Ueberimports nach den U.States sehr beschleunigt werden wird.

Besten Gruss an Frau und Kind

Dein K. Marx.

+ + +
International Working Mens Association
Central Council London

31. August 1866.

Lieber Becker,

Es ist absolut nötig, dass Jung Präsident des Kongresses wird.

1) weil er die 3 Sprachen spricht, Englisch, Französisch und Deutsch.

2) Jung repräsentiert wirklich den Central Council, Odgers (der ausserdem nur seine Muttersprache kennt) ist nicht gewählt durch den Central Council. Wir wählten 4 Delegierte, Jung an der Spitze; Odgers nur zu gehen, wenn er selbst das Geld (natürlich unter unserer Garantie) pumpen könne. Er hat nichts für die Gesellschaft getan.

3) Cremer und Odgers haben eine sehr gemeine Intrigue angesponnen, um nach dem letzten Tanz die Abreise Jungs und Eccarius zu verhindern.

4) Odgers wünscht als Präsident des Kongresses gewählt zu werden, um dadurch den Engländern zu imponieren, und gegen den Wunsch der grossen Majorität des Council sich als Präsident des Central Council für das nächste Jahr aufzunutzen.

5) Cremer und Odgers haben beide uns verraten in der Reform Lique, wo sie gegen unseren Willen Compromisse mit den Bourgeois machten.

6) Herr Cremer hat sich ganz demoralisiert. Er spekuliert nur noch auf einen "bezahlten" Posten, um nicht arbeiten zu müssen. Er darf daher unter

keinen Umständen von dem Kongress als Generalsekretär erwählt werden. (Der einzig bezahlte Posten.) Man muss Fox wählen, unter dem übrigens richtigen Vorwand, dass der Generalsekretär mehr als eine Sprache kennen muss.

9) Der Präsident des Central Council muss nicht durch den Kongress, sondern hier in London als nur lokale Grösse gewählt werden.

10) Bei der Wahl des Präsidenten für den Kongress musst Du gleich sagen, dass ein internationaler Kongress nur von einem Mann präsiert werden kann, der die verschiedenen Sprachen spricht, schon um Zeit zu gewinnen etc.

11) Teile diese Sache Duplex mit.

12) Es ist mir lieb, wenn Du die Instruktionen, die ich im Namen des Central Committee für die Londoner Delegierten geschrieben, Dir vor Beginn von Eccarius deutsch übersetzen lässt.

Gruss und Handschlag

Dein

Karl Marx.

(Fortsetzung folgt.)

Ein lohnender Trick.^x

SPD. In einer amerikanischen Stadt prangten vor längerer Zeit überall plötzlich Plakate mit der Aufschrift: "Grosser Vortrag in der Richard-Hall. Sensationelles Ereignis! Bernard Shaw über das Christentum! Die Meinung des weltberühmten Autors über die Religion. Kommt in Massen zur Richard-Hall! Sensationell! Spannend! Aufregend! Eintritt 1 Dollar! Es lädt herzlichst ein die Richard-Gemeinde."

An dem angekündigten Abend war die Richard-Hall gesteckt voll. Tausende hatten wieder fortgehen müssen. Tausende warteten auf der Strasse, um den berühmten englischen Schriftsteller wenigstens einmal sehen zu können.

Punkt acht betrat Pfarrer Pitchpine das Vortragspult und sagte: "Ladies and Gentlemen, hier scheint ein Missverständnis vorzuliegen. Viele von Ihnen scheinen anzunehmen, dass Bernard Shaw heute selber spricht. Diese sind im Irrtum. Der Redner des Abends bin ich. Mein Thema lautet: "Bernard Shaw über das Christentum". Ich habe lediglich aus Bescheidenheit meinen Namen nicht mit auf die Plakate setzen lassen...."

Da stand das Publikum auf wie ein Mann. Und verliess schnurstracks die Richard-Hall. Der Vortrag musste vor zwei Saaldienern und einer älteren Dame gehalten werden, die jedoch leider laut schnarchte.

Aber was tat das: Die Richard-Gemeinde hatte an diesem Abend 3729 Dollar eingenommen.

SPD. Die Lufthüllen der Planeten.^x Alle Planeten unsres Sonnensystems haben, wahrscheinlich mit Ausnahme des Merkur, eine Atmosphäre. Der Forscher Wildt in Göttingen hat kürzlich auf spektroskopischem Wege die Gashüllen des Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun untersucht und das Vorhandensein von Grubengas (Methan) darin nachgewiesen. Der Vergleich mit den Fraunhoferschen Linien, die dadurch entstanden, dass Licht durch ein 20 Meter langes Rohr geschickt wurde, das unter einem Druck von 4,5 Atmosphären mit diesem Gas gefüllt war, zeigte, dass dies Gas auf jenen Gliedern unsres Sonnensystems in reichem Masse vorkommen muss. Durch diese Untersuchung wird die Vermutung gestützt, dass sich die Lufthüllen der grossen Planeten von der Atmosphäre der Erde wesentlich unterscheiden.